

Mehr Atomstrom behindert neue Energiepolitik

Autor(en): **Scherer, Leo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1996)**

Heft 4: **Das Zauberwort heisst Effizienz**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586964>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mehr Atomstrom behindert neue Energiepolitik

Die Bewilligung der Leistungserhöhung im AKW Leibstadt durch den Bundesrat wäre aus drei Gründen eine Provokation: Erstens wird der Moratoriums-Entscheid des Volkes missachtet, zweitens wird die neue Energiepolitik in Frage gestellt und drittens werden die NachbarInnen auf der deutschen Seite des Rheins vor den Kopf gestossen.

Von Leo Scherer*

Keine zwei Jahre nach der denkwürdigen Abstimmung vom September 1990 deponierte die Kernkraftwerk Leibstadt AG (KKL) Ende Juli 1992 ihr Gesuch für die Erhöhung der nuklearen Wärmeleistung von derzeit 3138 auf 3600 Megawatt (+14,7%). Das hauptsächliche Ziel der Moratoriums-Initiative war, neue Atomkraftwerke zu verhindern, insbesondere das AKW Kaiseraugst. Leistungserhöhungen an den bestehenden AKW wurden nicht ausdrücklich verboten. Trotzdem ist das Gesuch der KKL ein grober Affront gegen den energiepolitischen Volksentscheid.

Ja zum nuklearen Status quo und zum sanften Umsteigen

Als die Moratoriums-Initiative zur Abstimmung kam, war Kaiseraugst bereits seit geraumer Zeit begraben. Die InitiantInnen setzten in den Abstimmungserläuterungen neue Akzente: "Die Initiative...sucht einen Ausweg aus der verfahrenen, energiepolitischen Situation...und gibt...einen Impuls, behutsam einen neuen Weg hin zu einer ökologisch und ökonomisch zukunftsweisenden Energieversorgung...einzuschlagen. Die Expertengruppe Energieszenarien EGES ... zeigt...Alternativen zur Atomenergie, welche unsere Umwelt besser schützen und erst noch für unsere wirtschaftliche Entwicklung langfristig sehr attraktiv sind." Sollten nach der aktiven Denkpause Effizienzverbesserungen und neue, umweltfreundliche Energien wider Erwarten den Bedarf nicht decken, bestehe immer noch die Möglichkeit, zur Atomenergie zurückzukehren. Dass zu-

nächst aber alles zu tun sei, um diese Rückkehr zu einer verstärkten Atomenergienutzung zu vermeiden, anerkannte auch der Bundesrat. Mehr noch: "Die Moratoriums-Initiative ist ein erster Schritt zum Ausstieg", war seine forsche Interpretation des Initiativtextes. Unter diesen Vorzeichen kann der Volksentscheid vom September 1990 (Annahme Moratoriums-Initiative und Energie-Artikel, Ablehnung der Ausstiegs-Initiative) nur als Ja zum 1990 in der Atomenergienutzung gegebenen Status quo und als Auftrag zum sanften Umsteigen auf nichtnukleare Energiequellen gewertet werden.

Mit Moratorium unvereinbare Risikozunahme

Die Atomstromzentrale am Rhein wurde im Sommer 1994 bereits ein erstes Mal hochfrisiert. 40 MWe elektrische Mehrleistung resultierten aus einem Umbau der zum konventionellen Sekundärteil gehörenden Niederdruckturbinen. Am nuklearen Status quo hat dies nichts geändert. Anders verhält es sich, wenn der Bundesrat der jetzt beantragten Leistungserhöhung grünes Licht gibt. Damit will die KKL die Leistung im Reaktorkern selber erhöhen. Das würde bedeuten: mehr Kernspaltvorgänge pro Zeiteinheit, Erhöhung von Betriebsdruck und Arbeitstemperatur und selbstverständlich auch mehr radioaktive Abfälle. Eine derartige Veränderung des nuklearen Status quo ist mit dem Sinn und Geist des Moratoriums nicht vereinbar, denn die Stimmbevölkerung hat sich 1990 klar gegen eine weitere Steigerung der nuklearen Risiken ausgesprochen. Wenn sie selbst neue Reaktoren mit modernster Sicherheitskonzeption als unakzeptables Risiko bewertete, dann muss diese Wertung erst recht auch für risikohörende Massnahmen an bestehenden Atomkraftwerken gelten, die –

wie das AKW Leibstadt – bereits in den 70er Jahren konzipiert wurden und nach heutigen Sicherheitsstandards nicht mehr bewilligungsfähig wären. Im Fall Leibstadt würde das nukleare Risiko überproportional um 25-30% grösser. Diesen erschreckenden Befund des Öko-Instituts Darmstadt hat die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) bestätigt. Nukleare Leistungserhöhungen sind prinzipiell mit einem höheren Risiko verbunden und deshalb moratoriumswidrig.

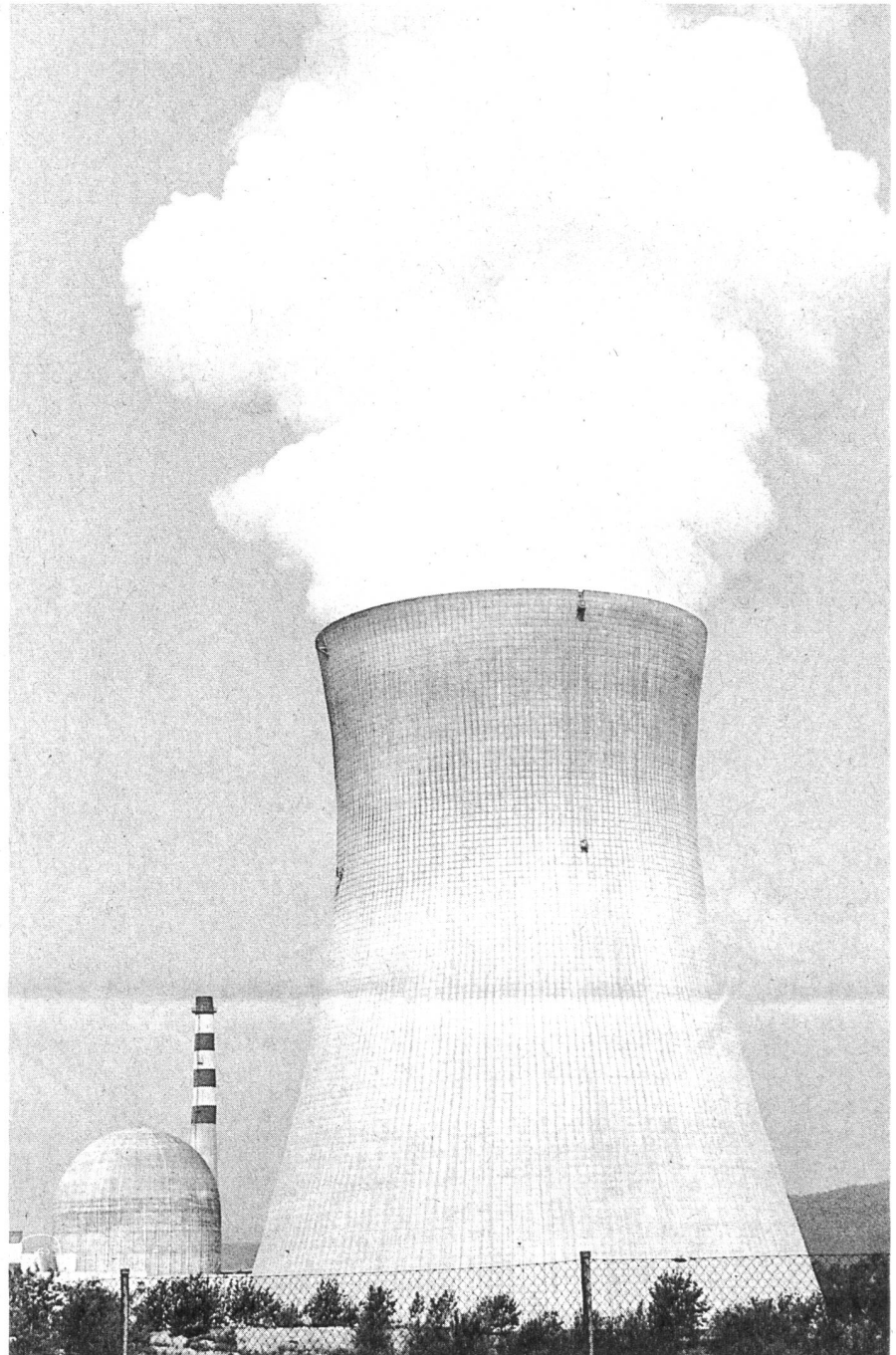
Schief in der energiepolitischen Landschaft

Mit dem geplanten Eingriff würde die Atomstromleistung mit einem Schlag nochmals um 115 MWe gesteigert. Zusammen mit der 1994 erfolgten Steigerung entspricht das der Leistung von drei bis vier Flusskraftwerken oder einem halben Mühleberg-Reaktor. Eine derartige Produktionssteigerung widerspricht dem ursprünglichen Stabilisierungsziel des "Aktionsprogrammes Energie 1990 bis 2000" der Bundesratsparteien (das Produktionsziel "10% mehr Atomstrom" wurde gegen die Proteste der Umweltorganisationen auf Betreiben der Elektrowirtschaft und des BAWI (Bundesamt für Aussenwirtschaft) erst nachträglich hineingeflickt. Bei einer Investitionssumme von 150 Mio. Franken käme die zusätzliche Kilowattstunde nach der Rechnung der KKL auf nur 3 Rappen zu stehen. Dass in diesem Preis nicht alle externen Kosten (Abfallentsorgung, volle Versicherungsdeckung gegen Risikozunahme) enthalten sind, wird die Abnehmer kaum kümmern. Heute in solchen Mengen zusätzlichen Billigstrom auf den Markt zu schleudern, vernichtet die Anreize zur effizienteren Stromnutzung. Die seit 1990 im Sommer zu verzeichnenden Produktionsüberschüsse würden noch grösser, der Druck zum Aus- und Neubau von landschaftszerstörenden Pumpspeicherwerken nähme weiter zu. Ökologisch verträgliche, aber teurere Alternativen hätten es noch schwerer. So wurde die nachgerüstete Wärmekraft-Kopplungsanlage "Voltaplatz" der Industriellen Werke Basel (IWB)

*Leo Scherer, lic.jur., Nachdiplomstudium Umweltlehre, ist Mitbegründer der Aktion "Beznau Stilllegen" und Stiftungsrat der Schweizerischen Energie-Stiftung SES.

“Das Öko-Institut Darmstadt hat festgestellt, dass das AKW Leibstadt die in Deutschland geltenden Störfallgrenzwerte nicht mehr einhalten könnte. Dieser Befund wurde von der HSK bestätigt.”

Bild: Keystone



im vergangenen Winter wegen den zu grossen Bandenergieüberschüssen lediglich sporadisch betrieben, obwohl anlagentechnisch ein durchgehender Betrieb während 4'000 – 5'000 Stunden sinnvoll wäre und die Kosten durchaus stimmen würden (3,6 Rp./kWh). Diese grossen Überschüsse sind auch der Grund für die Verhinderungsstrategie der Elektrizitätswerke (z.B. EWZ, BKW), wenn es um den Neubau von WKK-Anlagen geht. Im Hochrheingebiet ist viel von grenzüberschreitender Zusammenarbeit die Rede. Doch die im unteren Aaretal konzentrierten schweizerischen Atomanlagen sind ein Störfaktor. Eine Reihe von süddeutschen Kommunen hat sich vergeblich gegen das Zentrale

Zwischenlager in Würenlingen zur Wehr gesetzt. Auch die Sondierarbeiten der Nagra im grenznahen aargauischen Mettauertal werden von den Nachbarn auf der andern Rheinseite mit Argusaugen beobachtet.

Aussenpolitisch konfliktträchtig

Nicht zu unrecht befürchten sie, dass für die Wahl des Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle letztlich nicht die geologischen, sondern die günstigen, politischen Voraussetzungen im atomfreundlichen Aargau den Ausschlag geben werden. Das Leistungserhöhungsprojekt der KKL wird zurecht als weiterer, unfreundli-

cher Akt der Schweiz betrachtet, hat doch das Öko-Institut Darmstadt festgestellt, dass das AKW Leibstadt nach der Leistungserhöhung die in Deutschland geltenden Störfallgrenzwerte nicht mehr einhalten könnte. Dieser Befund wurde von der HSK bestätigt. Vergegenwärtigt man sich, dass Dogern als nächstgelegene, deutsche Gemeinde nur 2 Kilometer und die bevölkerungsreiche Kreisstadt Waldshut nur 6 Kilometer vom Reaktor entfernt liegen, versteht man die Besorgnis der süddeutschen Nachbarn. Auch aus nachbarlicher Rücksicht sollte der Bundesrat der risikosteigernden und energiewirtschaftlich unnötigen Leistungserhöhung den Riegel schieben. □